

Paris - Nach einigen Wochen der Regierungskrise, hat Frankreich eine "homogene" sozialistische Regierung, geführt von Leon Blum. Die Partei, die bei den Wahlen am 10.11.46 die schwerste Niederlage erlitt, die Partei, die als Ergebnis von einer weitgehenden Auflösung überwältigt wurde, ist in der paradoxen Situation, "alle Macht" zu erhalten.

Es wird in Erinnerung gerufen, daß auf dem letzten Landesparteitag der franz. SP der "Links-Schwung" triumphierte. Er nahm ein Programm an, welches verschiedene demokratische Forderungen beinhaltete, die geltende Lohnakkords, Arbeiterkontrolle usw. Dieses Programm wurde jetzt natürlich vollständig vergessen. In ganzen Verlauf der Regierungskrise fuhrte der sogenannte sozial. Führer Vincent Auriel ein anderes Programm ab, das "für alle Parteien unnehbar" ist.

Bei der Ankündigung der Bildung seines Kabinetts erklärt sich Blum solidarisch mit diesem Programm und den Maßnahmen, die vom scheidenden Finanzminister Robert Schumann, welcher der MRAP angehört, vorgeschlagen wurden. Kurz, das "Programm" rief nach "Opfer", d.h. eine Politik der Opfer auf den Teil (Kosten?) der Arbeiter (on the part of the workers). Tatsächlich hatten alle Parteien, einschließlich der SP dieses Programm zugestimmt. Die Krise war hauptsächlich um die Frage der Besetzung der Kabinettsposten, für die keine Zustimmung zu finden war.

Die B urgeoisie wünschte nicht, der kommunistischen (stalinistischen) Partei einen größeren Platz in der Regierung zu geben, vor allem nicht eines der Schlüsselministerien (Inneres, Äußeres, Nationale Verteidigung). Die KP, die die Unzufriedenheit der Arbeiter und Staatsangehörigen ausnutzen gedachte, wollte keinen Rückzug in diesen Forderungen entreten. Sie bekämpfte also die Einbeziehung der Rechtsparteien (PRL), die heute die Zusammenfassung aller reaktionären und faschistischen Elementar ist, in ein nationalsozialistisches Kabinett, obwohl sie bereit war, einen zur PRL gehörenden "Unabhängigen" anzunehmen. In Hinblick auf die Unmöglichkeit einer Zustimmung haben Blum und die SP die Aufgabe angenommen, die Stalinisten von der Regierung auszuschließen, was eine Art "öffentlicher Sicherheitsoperation" für die franz. Kapitalisten aussaßt.

So wurde die "Linksoposition", in Person ihres Führers Guy Mallet, ein Staatsministerposten gegeben, um sie mit diesem Programm zu verbinden und um sie bloßzustellen.

Die KP hat gegen die Weigerung, ihr einen der Schlüsselposten zuzuhören, protestiert. In einer Rede im Parlament betonte der stalinistische Führer Duclou in Hinblick darauf grimmig, "die Arbeiter sind nur gut um zu erzeugen und sich morden zu lassen". Offenbar lernte Duclou diese Weisheit über die kapitalistische Politik durch die Verweigerung eines Schlüsselpostens im Kabinett kennen. Nichtdestoweniger bleibt die KP dabei, mit der ganzen parlamentarischen Komödie mitzugehen und es anzunehmen, daß sie diese Linie beibehält. Sie wird das Blum-Kabinett unterstützen oder "tragen" (carry) (wie Thorez erklärte), ganz damit zufrieden, es die Heftigkeit von unpopulären Maßnahmen, die zu machen sind, gebären zu lassen (to let it bear), wie den billigen Hinauswurf von Staatsangehörigen und der neuen Steuern etc. Sie hofft dadurch, daß es möglich ist ein wenig mehr Federn vom sozialistischen Vogel rupfen zu können.

Sowohl Kolonialpolitik betroffen ist, wird die "sozialistische" Regierung unzweifelhaft an der von Bidaul d'Argenlieu festhalten. Die Tatsache, daß Blum nach dem schärfsteren Protest seiner Zeitung, der "Populaire", gegen die militärische Politik in Indochina denselben Admiral d'Argenlieu, der für diese verantwortlich ist, wieder angestellt hat, ist schamloses ein Zeichen. Eine "neue" Mission, geführt von den reaktionären Admiral und dem "Sozialisten" Moulet wurde von Blum in denselben Augenblick nach Indochina gesandt, wo französische Truppen das lokale Hauptquartier der Viet Minh in Hanoi plünderten. Unzweifelhaft wird dieselbe Art der Politik verfolgt in Algerien, wo die politische Situation auch ihren Höhepunkt (Pieberspitze) erreicht hat.

Die 4. Republik, das "bleibende" Regime, das angenommen wurde, um die provisorische Regierung zu ersetzen, zeigt auf mit berichtigster Deutlichkeit die Unfähigkeit der französischen Bourgeoisie zu regieren. Dies bedeutet für die Arbeitermassen große Möglichkeiten, im Prozel, eine Regierung zur Macht zu bringen, die alle Arbeiterorganisationen umfaßt, deren Programm auf den Forderungen der Massen selbst basiert.

STREIKS IN DEUTSCHLAND. (Direkter Bericht).

Stuttgart - Der Preispruch von Papen, Fritzsche, Schlecht sowie die versuchten Bombenstentate auf einige "Sprechkammern" (Antnazifizierungskommissionen) durch illegale Nazi führte hier Ende Oktober zu einem Generalstreik. Die Führer der Gewerkschaft bekämpften die Aktion, welche Platz griff unter der Führung eines formlosen Komitees von Betrieberäten verschiedenster Betriebe in der Stadt. Die Führung wurde gewonnen, ihre Zustimmung im letzten Augenblick zu geben, als Delegationen der Arbeiter in ihr Hauptquartier zu drängen begannen, um die Aktion zu fordern. Der Streik dauerte nur 15 Minuten, aber während dieser Zeit bewegte sich in der ganzen Stadt kein einziges Rad. Amerikanische Militärpolizei stand in hilfloser Verwirrung dabei, als die Arbeiter aus den Fabriken strömten.

Stuttgart - Am Tage nach den Berliner Wahlen, streikten in einer Fabrik, die als Reparation demontiert und nach Russland verschifft werden sollte, für 1 1/2 Tage. Die amerikanischen Behörden intervenierten und durch die Drohung, die Lebensmittelkarten zu entziehen, gelang es, die Arbeiter zur Rückkehr zu zwingen.

Mannheim - Die Herabsetzung ihrer Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden fordern, streikten 2800 Arbeiter der hiesigen Schiffswerften in einem festen Körper, trotz der Weigerung ihrer Gewerkschaftsführer, ihren Streik zu sanktionieren. Die amerikanischen Behörden fanden sie sie eintreffen in den Werften nur den Betrieberat. Alle anderen hatten ihren Arbeitssitz unter den Heulen der Sirenen verlassen. Die Amerikaner gingen dann daran, die Betriebsräte zu verhaften, aber sie ließen sie bald wieder frei als sie die Kampftummlung der Streikler sahen.

Die Forderung zweier Arbeiter wurde zuletzt durchgesetzt, als die deutsche Verwaltung der Werften, auf Weisung der Besatzungsmacht, den Arbeitern nachgab.

Die Arbeiter erklärten, daß ihnen infolge der verkürzten Arbeitszeit der Samstag zur Gänze freigegeben werde, damit

sie auf dem Lande nach Extra-Lebensmitteln herumsuchen können, um ihre schmalen Rationen zu verbessern. Seit dem Streik wurde am Samstag nicht gearbeitet und ein Versuch der Direktion, die Rationen zu kürzen, wurde schnell durch die Drohung mit einem weiteren Streik zurückgenommen, mit der amerikanischen Vermittlung, um die Durchführung des Versuches zu verhindern (?).

WICHTIGE BERICHTIGUNG.

Paris - Wir vergaßen in unserer letzten Ausgabe (13.12.46) einen Aufruf von der PCI (franz. Sektion der 4.I.) an alle Sektionen gegen das Verbot der PCI-Veranstaltung zur Unterstützung der indochinesischen Massen, ~~xxx~~, gegen den rohen Polizeiangriff und die Haft Pierre Conte's zu protestieren. Wir appellieren an alle Sektionen, bei der französischen Regierung Protest einzulegen wegen ihrer Angriffe auf die grundlegenden demokratischen Rechte.

CIO-GEWERKSCHAFTEN BETEILIGEN SICH AM ENTWURF DER LOHNSTREIKEFÜHRUNG.

Pittsburgh - Die vereinigten Automobilarbeiter, Stahlarbeiter- und Elektrizitätsarbeitergewerkschaften vom amerikanischen CIO schlossen letzten Dienstag eine gemeinsame Verhandlung unter dem Vorsitz Ph. Murrays, ~~xxxxxx~~ des Präsidenten der CIO. Vor den Führervertretern verkündete Murray, daß die drei Gewerkschaften, die größten in Amerika mit zusammen über 2 Mill. Mitgliedern, sich entschlossen haben für einheitliche neue Lohnforderungen und festgelegte Pläne, die Streikführung in Übereinstimmung zu bringen im Falle die Forderungen einer Ablehnung begegnen würden.... (?) (to coordinate strike strategy in case demands met with refusal on part of the employers.) Die Forderungen umfassen außer ~~xxxxx~~ Lohnerhöhungen, Pläne für eine Anfangszeitbezahlung, einen gesicherten Jahreslohn und Sozialversicherung, welche Krankenhilfe und Altersversorgung umschließt. Die letzten Meldungen sagen, daß Murray für den 15. Jänner Streikankündigungen verabschiedet hat.

++++

Die Konferenz bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber dem vergangenen Jahr, als jede dieser drei Gewerkschaften ihren Kampf unabhängig und ohne Rücksicht auf die Bestrebungen der anderen führte. Sie ist auf einer Linie mit den wachsenden Forderungen der großen Masse um eine das Land umfassende Gegenseitigkeit im Kampf gegen die immer anmaßender werdende Klasse der Unternehmer und der Regierung.

+

Der kürzlich gewonnene 77-tägige Hawaische Zuckertreik gab 28.000 der CIO-Hafenarbeitergewerkschaft angehörenden Hafenarbeitern einen Mindestlohn von 71 Cents pro Stunde zum Vergleich mit den vorherigen Löhnen von 42 Cents pro Stunde und in manchen Fällen von erbärmlichen 26 Cents. Der Streik wurde erfolgreich im Verlauf der fünf Wahlen im November, welche damit endeten, daß die Republikaner die Herrschaft in beiden Häusern der Gesetzgebung der Insel

antraten. Sogar vier Mitglieder der Hafenarbeitergewerkschaft, unterstützt von der PAC-CIO, wurden in das Abgeordnetenhaus gewählt.

Die japanische Arbeiterbewegung gewann noch einen wichtigen Sieg letzte Woche, als das Kabinett Yoshida gesungen wurde, nicht nur vom Festhalten an den Stoplöhnen abzuweichen, sondern zum ersten Mal Indexlöhne zuzugestehen, um die steigenden Kosten der Lebenshaltung auszugleichen.

Der Niederlage der Regierung folgte die Drohung eines 4-Stunden-Streiks am 2.12.46, welche erst zurückgezogen wurde als die japanische Elektrizitätsarbeitergewerkschaft von 95.000 Mitgliedern ihre Forderung um höhere Lohnsteigerungen durchsetzte. Das Übereinkommen beendete einen Streit von 50 Tagen.

Die Elektrizitätsarbeitergewerkschaft gewann eine ungefährte Lohnsteigerung von 330 Yen monatlich, erhielt einen sicheren Mindestlohn und die Bestimmung, daß die Löhne regelmäßig und fortlaufend im Verhältnis zur Lebenshaltung geprüft werden. Die Lohnprüfung wird bestimmt werden von einem Arbeits-Aufsichts-Komitee.

Von der Regelung - für die Gewerkschaft befriedigender als die vor einem Monat von der Regierung abgelehnte - wird erwartet, daß sie ein Vorbild für die Regelung der Forderungen von 1,500.000 Mitgliedern in anderen Gewerkschaften, einschl. Eisenbahn, Verkehr, Öffentliche Beamte und Lehrer.

BUNDES-RESERVE-AUSSCHUß ZEIGT KRISH AN.

Es ist eine Depression im Anzug und die großen Haifische wissen es. Jede Woche werden einige Zugeständnisse des kommenden Zusammenbruchs im Wirtschaftsteil der kapit. Presse gebracht, während die habseichtigen Körperschaften am Fordern immer höherer Preise festhalten, was den Zusammenbruch nur beschleunigen kann, der vor den amerikanischen Arbeitern aufdämmert.

Am 28.11.46 verkündete der Bundes-Reserve-Ausschuß, daß der Wert der in Oktober verteilten Waren unter die Menge der Erzeugung sank und daß die Bestände zunahmen. In dieser Richtung geht es seit Juni. Das bedeutet, daß wie die Preise sich haben, der Arbeiter immer weniger von dem kauft, was er erzeugt. Ihr ganzes Geld ist nötig nur für Nahrung und Zins. Sie können sich nicht leisten Radios, Kühlapparate und Waschmaschinen. Sie können nicht einmal Winterkleider kaufen: Beweis dafür ist, daß zum ersten Mal seit Jahren Kleinhandelsgeschäfte einen Ausverkauf mitten in der Saison veranstalten, um zum Teil ihre überschüssigen Lager frei zu machen.

Derselbe Bericht stellt fest, daß die Preise steigen sowohl im Groß- wie im Kleinhandel nachdem die Aufhebung der Kontrolle den Konsumpreisindex zwei Prozent über die Septemberhöhe und 15% über die Ziffer am Ende des Krieges steigen ließ. Und das ist eine konservative Einschätzung. Die Inflation senkte kräftig den Reallohn des Arbeiters und zerschlug ihre Kaufkraft. Höhere Löhne, welche im letzten Frühjahr von einem großen Teil der Arbeiter errungen wurden, sind schon vernichtet durch steigende Preise.

Das ist es warum das Lager - die Akkumulation der Waren in den Warenhäusern und Magazinen - anwächst. Ende September erreichte es 32 Billionen Dollars und war beständig steigend. Es gibt "zu viel" an Dingen, welche der Arbeiter braucht, zu viel, weil er sie nicht kaufen kann. Wenn das geschieht, wird der Kapitalismus unvermeidlich der Depression gegenüberstehen.

Eher als ausgefallene (?) Waren weiterführen (rather than keep turning out goddam they can't sell), welche sie nicht verkaufen können, unterbrechen sie die Produktion. Sie entlassen tausende Arbeiter, welche dann nicht einmal einen Bruchteil des Nötigen kaufen können.

Sobald die ersten Opfer entfernt sind und die Erzeugung verschlagen ist, werden weitere Opfer entlassen und die Erzeugung sinkt noch tiefer, bis die Arbeitslosen nach Millionen zählen. Die Arbeiter leiden, aber die Kapitalisten hoffen durch Senkung der "Arbeitskosten" und durch maßlose Preise ihre Profite aufrechtzuerhalten sogar wenn weniger Waren erzeugt werden.

Die Kapitalisten lassen die Betriebe laufen, um Profit herauszuholen, nicht um die Not des Volkes zu mindern. Wenn die Führung der Wirtschaft in ihren Händen bleibt, werden wir einen noch ärgeren Zusammenbruch sehen als den Tiefpunkt 1929-1939, welcher nur durch den zweiten Weltkrieg zeitweise beendet wurde.

(Aus dem amerik. "Militant")
